

Förderung des wissenschaftlichen und

In der Entschließung der 1. Parteikonferenz heißt es über die Kulturarbeit unserer Partei:

„Die vielseitigen Aufgaben zur demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur können nur erfüllt werden, wenn das Bündnis der Arbeiterklasse mit den fortschrittlichen Intellektuellen verstärkt wird.“

Die „Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31. März 1949 über die Erhaltung und die Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben“ gibt uns jetzt die Möglichkeit, diesen Teil des Beschlusses unserer Parteikonferenz in die Tat umzusetzen. Daher ist es unbedingt erforderlich, daß in allen Einheiten unserer Partei zu dieser Verordnung der DWK Stellung genommen wird. Was grundsätzlich zur Verordnung zu sagen ist, kann aus den Artikeln der Genossen Anton Ackermann „Arbeiterklasse und Intelligenz“ („Neues Deutschland“ vom 13. April 1949) und N. Orlow, „An die Arbeit!“ („Neues Deutschland“ vom 12. April 1949) entnommen werden. Darüber hinaus gilt es aber, in allen Parteileitungen und -gruppen konkrete Beschlüsse darüber zu fassen, auf welche Weise die DWK-Verordnung durchzuführen ist.

In allen Landesvorständen und Kreisvorständen ist die Ausarbeitung entsprechender Maßnahmen Sache der Kulturkommissionen. Dabei kommt es vor allem darauf an, daß

1. die im Land oder Kreis vorhandenen örtlichen Möglichkeiten zur Erfüllung der Verordnung voll ausgenutzt werden,
2. die den Ländern übertragenen Aufgaben und Verpflichtungen konkret entwickelt werden,
3. die personellen Fragen, die sich aus der Verordnung ergeben, zusammen mit den Vertretern der Abteilung Personalpolitik behandelt werden.

Die Beschlüsse der Kulturkommissionen sind den zuständigen Sekretariaten zur Bestätigung vorzulegen. Mit der Zustimmung der Sekretariate werden die Beschlüsse bindend für die gesamte Mitgliedschaft.

In allen Betriebsgruppen ist eine Mitgliederversammlung mit dem Thema „Kulturverordnung der DWK“ durchzuführen. Zweckmäßigerweise wird diese Versammlung durch eine Vorstands- und Funktionärsitzung vorbereitet. Dabei geht es vor allem um zwei Fragen:

1. **Zusammenarbeit mit der technischen Intelligenz des Betriebes.** Alle Hemmungen, die einer guten und kameradschaftlichen Zusammenarbeit noch im Wege stehen, müssen beseitigt werden. Regelmäßige Aussprachen und Sitzungen zwischen der technischen Intelligenz, den Betriebsaktivisten und der Betriebsleitung sind zu organisieren. Die Arbeitsmöglichkeiten der technischen Intelligenz müssen verbessert werden (Bereitstellung geeigneter Arbeitsräume, Beschaffung von Arbeitsmaterial usw.).
2. **Die Entwicklung von Patenschaften zwischen Betrieben und kulturellen Institutionen** (Schulen, Hochschulen, Theatern usw.). Besonderer Wert ist auf die engste Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Schulen zu legen, wobei die Schulen durch die Belegschaften materiell (durch kleinere Reparaturen, Anfertigungen usw.) unterstützt werden. Ebenso ist die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern zu fördern, die in viel stärkerem Maße zu Vorträgen in Betrieben gewonnen werden können. Auch ihnen kann durch die Betriebe materielle Hilfe gegeben werden.

In den Wohnbezirks- und Ortsgruppen werden natürlich andere Fragen der DWK-Verordnung im Vordergrund stehen. In ihren Versammlungen, die ebenfalls durch Vorstands- bzw. Funktionärsitzungen vorbereitet werden, müssen alle die Fragen behandelt werden, die im ersten Punkt der DWK-Verordnung enthalten sind, vor allem die „Ausnutzung der örtlichen Möglichkeiten“. Das gilt für die Schaffung von Arbeitsräumen, für die materielle Unterstützung zur Verbesserung der Berufsarbeit, für Wohnungsfragen usw.

Es sei nur daran erinnert, daß heute noch zahlreiche Neulehrer auf dem Lande in völlig ungeeigneten Räumen hausen müssen, die keine Möglichkeit zu einer frucht-



**Wie helfen wir den
Parteibetriebsgruppen
der MAS?**

In der letzten Nummer 4/1949 des „Neuen Weg“ fordert Genosse Hotze den Ausbau der Patenschaftsarbeit in den MAS. Das ist gut. Aber dabei gilt es, von vornherein eine Schwäche zu vermeiden, die den meisten Aktionen dieser Art anhaftet. Alle bisherigen Erfahrungen zeigen nämlich, daß sich die Patenschaftsarbeit heute noch zum großen Teil auf materielle Unterstützung beschränkt. Das ist gegenwärtig eine notwendige Hilfe. Aber es genügt nicht.

Die Leistung einer MAS hängt im wesentlichen davon ab, wie unsere Betriebsgruppen dort arbeiten. Nach dem Besuch einer Reihe von MAS müssen wir feststellen, daß unsere Betriebsgruppen im allgemeinen noch zu schwach sind. Das ist erklärlich. Die Genossen in den meist neu entstandenen Belegschaften sind meist zufällig zusammengekommen und stammen aus verschiedenen Arbeitsgebieten und Orten. Auch bei der Auswahl der Genossen, die zur Arbeit aufs Land geschickt wurden, standen fachliche, nicht politische Gesichtspunkte im Vordergrund. Deshalb ist es jetzt eine wichtige Aufgabe der Partei, den Betriebsgruppen der MAS bei der Organisierung ihrer Arbeit und bei ihrer ideologischen Feigung zu helfen. Ein wichtiges Mittel besteht darin die materiellen Patenschaften durch politische zu ergänzen.

Das kann so geschehen wie in Neustrelitz. Dort wurde vom Kreisvorstand für jede MAS ein qualifizierter Funktionär verantwortlich gemacht — nicht nur für den materiellen Aufbau der MAS, sondern auch für die politische Arbeit unserer Betriebsgruppen. So für die MAS Feldberg der Arbeitsgebietsleiter der Partei, für Wesenberg der Bürgermeister, ein erfahrener Parteiarbeiter, usw. Die Genossen sind also praktisch die politischen Instruktoren und widmen sich vor allem der Parteiarbeit in den einzelnen MAS. Sie müssen dem Kreisvorstand regelmäßig Bericht über ihre Arbeit erstatten.

Die Hauptrolle bei den politischen Patenschaften fällt jedoch unseren Betriebsgruppen in den Groß- und Mittelbetrieben zu. In jeder dieser Betriebsgruppen sind Funktionäre zu finden, die im